



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919**

126 (17.3.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-184405](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-184405)

# Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlich: Dr. Fritz Goldbaum, Verlagsredaktion für Politik: Dr. Fritz Goldbaum, für Literatur: Hans Köhler, für Kolorat und den übrigen redaktionellen Teil: Richard Schödel, für Anzeigen: Franz Kircher, für Anzeigen: Klaus Winter, Text und Druck: Dr. Hans Mannheimer, Druckerei: Mannheimer Druck- und Verlagsanstalt, Mannheimer Straße 10, 6800 Mannheim.

Badische Neueste Nachrichten  
Amtliches Verkündigungsblatt

Abonnementspreis: Die 10 Hefen, 10 Mark für den halben Jahrgang 40 Hefen, für ein volles Jahr 80 Hefen, 160 Mark. Einzelhefte 2 Mark. Anzeigenpreis: Die 10 Hefen, 10 Mark für den halben Jahrgang 40 Hefen, für ein volles Jahr 80 Hefen, 160 Mark. Einzelhefte 2 Mark. Anzeigenpreis: Die 10 Hefen, 10 Mark für den halben Jahrgang 40 Hefen, für ein volles Jahr 80 Hefen, 160 Mark. Einzelhefte 2 Mark. Anzeigenpreis: Die 10 Hefen, 10 Mark für den halben Jahrgang 40 Hefen, für ein volles Jahr 80 Hefen, 160 Mark. Einzelhefte 2 Mark.

## Das Ende des Ausrottungsplanes.

Sollen wir das Abkommen über die Lebensmittellieferungen nach seiner ganzen Tragweite würdigen, so dürfen wir eines nicht übersehen: um so teuren Preis auch wir die Lebensmittel kaufen müssen, der eigentliche französische Vernichtungsplan erscheint doch als ausgegeben. Wir kennen ja den „bestialischen Ausrottungsplan“ der Alliierten, wie Erich Luedahl im „Astonblatt“ ihn genannt hat. Der schwedische Schriftsteller hat ihn mit mutiger Offenheit in seinem Blatte also umschrieben:

Deutschland hat die Massen niedergelegt und ist militärisch für lange Zeit ausgeschaltet. Es ist in seiner Würde aber ein lebenskräftigeres Volk als das englische und vor allem als das französische, dessen Geburtsrate die deutsche Verfallsrate aufweist. Es gilt nun, diesen für den Verband so gefährlichen Unterschied auf möglichst lange Zeit auszugleichen. Das kann geschehen, indem das jegliche Hunger-System noch eine absehbare Zeit beibehalten wird; denn es hat sich gezeigt, daß hierdurch 40 vom Hundert der deutschen Kinder dem Hungerstode preisgegeben werden können. Die schwedische Vertriebsgesellschaft hat in Deutschland diese traurige Aufgabe jeftstellen lassen und an Wilson darüber berichtet. Das soll keinerlei politische Demonstration gegen den Verband sein, sondern zeigt nur, daß unsere Verzie Menschen und seine politischen Barbaren sind.

Es handelt sich also darum, möglichst die Hälfte der deutschen Kinder verhungern zu lassen, denn erst dann würde Deutschlands doppelte Geburtenzahl auf den französischen Fuß herabgesetzt werden können. Man kann die Frucht der französischen Staatsmänner vor einem zu tätigen Deutschland verhalten, falls es diesem glückt, die letzte deutsche Geburtenzahl zu behaupten. Aber die fortgesetzte Herodespolitik gegen Deutschland kann auf die Dauer Frankreich nicht retten.

Auch in England hat diese wahrhaft satanische Politik ihre Fürsprecher gehabt. So hat einer der Hauptheiser Lord Northcliffe, F. W. Wile, im „Sunday Workly Dispatch“ auf Grund einer Unterhaltung mit dem Arzt Dr. Salsbery ausgesprochen, welche Erwartungen an die Hungerblockade seitens der alliierten Gemütsmenschen geknüpft werden. Man hoffte, daß der deutsche Nachwuchs infolge der fortgesetzten Unterernährung „der Luderkulose verfallenen, verkrüppelten, mißgebildeten oder im Wachstum internominal werden wird“. Mit satanischer Wollust kostete dieser „Arzt“ die Dauerwirkungen der britischen Blockade aus; man werde in Zukunft noch besser in Deutschland wissen, was man mit der „Englischen Krankheit“ auf sich habe. Unter diese bestialische Ausrottungspolitik, die das deutsche Volk seinen Feiniegern allerdings schwerlich vergessen wird, wird nun mit dem Brüsseler Abkommen ein Strich gemacht oder doch ein Strich zu machen begonnen. Nicht aus Menschenliebe oder Sentimentalität beenden die Alliierten diese Vernichtungspolitik, sondern weil sie ihnen selbst gefährlich zu werden droht. Der groß angelegte eistalite französische Vernichtungsplan, der von einem Teil der öffentlichen Meinung Englands unterstützt wurde, hat sich nicht durchzuführen vermocht. Ein Sieg des Weltgenossens über einen wahrhaft teuflischen nationalistischen Anschlag.

Die Lebensmittelversorgung wird ausreichender, kräftiger werden, auch wenn wir sie unendlich teuer bezahlen müssen, weil die grauenvollen Leiden, die eine entartete Politik über unser Volk bringen wollte, werden nach und nach aufhören. Zunächst auch wird der schlimme Druck der Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung, der auf uns lastete, sich heben, jenes Gefühl: wir sind ja doch verloren, aus dem so viele der meisten Ausschreitungen, die Hauszerer und tolle Vergnügungssucht hervorgegangen sind, rein, wir sind nicht verloren, unsere Lage ist nicht hoffnungslos. Wir können durch Arbeit wieder emporkommen. Wir sind ein gesundes, tüchtiges, in seinem Kern nicht angefaultes Volk, es hat Kraft und Saft genug in sich, um die ungeheuren Bedingungen seiner Tätigkeits abzuwickeln, wie das schon so mancher tüchtige und energische Mann getan hat. Verloren, dem Untergang geweiht waren wir nur, wenn der Ausrottungsplan der Franzosen nur noch einige Monate aufrecht erhalten würde. Dann war wohl Germaniens Ende besiegelt. Nun, da er mißlungen, laßt uns hoffen!

## Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

30 000 Tonnen Lebensmittel auf dem Transport nach Deutschland.

Berlin, 17. März. (Von unterm Berliner Büro.) Wie die B. Z. an zuständiger Stelle erfährt, sind von den 270 000 Tonnen Lebensmitteln, die nach den in Brüssel getroffenen Vereinbarungen von der Entente sofort an Deutschland geliefert werden, 30 000 Tonnen bereits in Rotterdam angekauft und teilweise im Anrollen. Delegierte der Reichsregierung und Reichsnotstelle haben in Rotterdam die Ladungen übernommen und tragen für die Weiterbeförderung nach Deutschland Sorge. Es handelt sich um 10 000 Tonnen reines Schweinefleisch und etwa 20 000 Tonnen Speck, wozu 40 000 Tonnen Lebensmittel, darunter Schweinefleisch und Milch werden in den nächsten Tagen ebenfalls angekauft werden. Die Lonne ist nach deutschem Gewicht, also zu 20 Zentner gerechnet. Die Bezahlung erfolgt in Gold und fremden Devisen.

Berlin, 17. März. (Von unterm Berliner Büro.) Die amerikanische Mitteilung, daß die Entente die Verteilung der Lebensmittel durch Truppenkontingente, die nach Berlin und den anderen deutschen Großstädten entsandt werden sollen, kontrollieren wollte, damit die Lebensmittel nicht den Spartakisten in die Hände fielen, andererseits aber auch nicht für militärische Zwecke verwendet werden, entspricht wie die B. Z. meldet, nicht den Tatsachen. Von einer derartigen militärischen Kontrolle der Entente ist bei den Verhandlungen in Brüssel nicht die Rede gewesen.

Unterbringung noleidender Kinder in Schweden.

Stockholm, 17. März. (WB.) Laut „Stockholms Tidningen“ ist das schwedische Rote Kreuz damit beschäftigt, die Unterbringung noleidender Kinder aus Deutschland, Desterreich, Polen, Belgien und den baltischen Provinzen in Schweden vorzubereiten. Man rechnet zunächst mit 700 Kindern, die im Laufe des Aprils hier erwartet werden. Die Verhandlungen mit den zuständigen Stellen in Deutschland sind bereits im Gange. Außerdem plant das schwedische Rote Kreuz, wie „Svenska Dagbladet“ erfährt, eine Sammlung von Feinewolle, um diese deutschen Krankenhäusern zur Verfügung zu stellen.

Man schreibt uns: Zugleich mit der Auslieferung der deutschen Schiffe soll die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln bis zur nächsten Ernte erfolgen. Die früher einmal gehegte Hoffnung, daß die Bezahlung zunächst auf dem Wege des Kredits durch Gewährung einer Milliarden-Anleihe seitens der Vereinigten Staaten geschehen könne, ist alsbald gescheitert, denn unser Kredit ist durch den Ausgang des Krieges und die jetzigen innerpolitischen Wirren auf lange Zeit dahin. Wir müssen also die Lebensmittel Zug um Zug bezahlen, in Kohle, Kali usw. oder mit ausländischen Wertpapieren, die sich im Besitze Deutschlands befinden; Vorräte an Kohle und Kali sind nicht vorhanden. Die Förderung ist infolge der unaufhörlichen Streiks im Verein mit dem Mangel an Transportmitteln derzeit geringfügig, daß an eine nennenswerte Ausfuhr nicht gedacht werden kann. Um die Goldbestände der Reichsbank nach Möglichkeit zu schützen, kommen also für die Zahlung zunächst die ausländischen Wertpapiere in Frage. Unser Wertpapierbesitz reicht natürlich bei weitem nicht aus; es bleibt also nichts anderes übrig, als uns neue Guthaben im Ausland zu schaffen, aus denen die Bezahlung erfolgt. Dem deutschen Handel sind aber durch die Entwidlung der Verhältnisse bei uns nur wenig Wege und Quellen übrig geblieben, neue Guthaben zu erhalten, weil unsere Ausfuhr ja vorläufig infolge der inneren Wirren und der Rohstoffmangeln lahmgelegt oder mindestens stark eingeschränkt ist. Um so größer ist deshalb die Bedeutung derjenigen Wirtschaftszweige, die uns ohne Verbrauch von Rohstoffen und eine Inanspruchnahme von Transportmitteln solche Guthaben schaffen können. Dazu gehört vor allem die Privatverpackung, die im Jahre 1913 aus dem ausländischen Geschäft eine Prämienannahme von 1/4 Milliarden Mark erzielt hat. In dem Augenblick nun, in dem es für unsere Wirtschaft eine Frage von Tod und Leben ist, im Ausland uns Guthaben zu verschaffen, um wieder einkaufen zu können, darf dieses blühende Auslandsgeschäft durch eine Verstaatlichung nicht einfach unterdrückt werden, denn die Verstaatlichung setzt voraus, daß die Staatsanstalt ein Monopol für das Inlandsgeschäft erhält und führt damit zu einer Abkürzung des Auslandsgeschäfts. Wir müssen im Gegenteil danach streben, das deutsche Versicherungsgeschäft im Ausland immer mehr auszubauen und zu erweitern, um dadurch den Wert der Mark im Ausland wieder zu heben. Die Folgen einer Verstaatlichung würden also nach dieser Richtung hin für unsere ganze Volkswirtschaft in unserer jetzigen Lage geradezu verhängnisvoll werden. Es ist daher zu wünschen, daß die Freunde des Verstaatlichungsgedankens die Durchführbarkeit ihrer Pläne auch nach dieser Seite einer Nachprüfung unterziehen.

## Bezahlung der ausländischen Lebensmittel.

Paris, 18. März. (WB.) Bei einem Empfang der alliierten Journalisten sagte Pichon nach einer Havasmeldung, daß die deutschen Schiffe, die zur Versorgung Deutschlands dienen sollen, dem internationalen Transportaustausch zur Verfügung gestellt werden, ohne in dessen Besitz überzugehen. Ihr Schicksal wird von der Friedenskonferenz geregelt werden. Auf die Frage, ob der Völkerverbundplan im Friedensvertrag aufgenommen würde, sagte Pichon, diese Frage sei von dem Jchnerrat noch nicht offiziell angeschnitten worden. Seiner Ansicht nach könne der Völkerverbundplan nicht durch die Friedenspräliminarien festgelegt werden. Auf die Frage nach dem Unterschied zwischen Präliminarfrieden und Friedensvertrag sagte Pichon, die Friedenspräliminarien bilden die grundsätzlichen Fundamente des Friedensvertrages, dieser sei die praktische Ausführung jener Grundlagen; die Friedenspräliminarien bedeuten aber nicht die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Sie bestimmen lediglich das Ende des Kriegszustandes. Nach dem Vorfrieden könne Deutschland unmittelbar seine Beziehungen mit dem Ausland wieder aufnehmen. Die deutsche Abordnung, die mit der Annahme der endgültigen Waffenstillstandsbedingungen beauftragt wurde, müsse zuerst damit anfangen.

## Die Friedenskonferenz.

Erklärungen Pichons.

Pichon sagte weiter, die Konferenz habe die Frage der Schaffung Deutschlands als neutralen und unabhängigen Staat noch nicht genau erprobt, aber es sei nicht daran zu zweifeln, daß diese Staatsform für jenes Land selbst Vorteile wirtschaftlicher, militärischer und handelspolitischer Art bringen werde.

Bezüglich Polen sagte Pichon, die Dreizehnder polnischen Truppen nach Danzig sei grundsätzlich beschlossen. Französische Offiziere sind ebenfalls beauftragt, nach Polen zur Stärkung des Heeres zu gehen. Ueber die bolschewistische Gefahr erklärte Pichon, die Frage werde bald auf die Tagesordnung kommen und verfiert, daß die französische Regierung beschlossen habe, die Sowjetregierung niemals anzuerkennen.

Der Entwurf des Friedensvertrages.

c. Von der Schweizer Grenze, 17. März. (Via-Teil.) Nach einer Meldung der Daily Mail ist in London ein Botenschaft von Lord George eingetroffen, nach welcher der Friedensvertragsentwurf in einer Woche fertig gestellt sein soll. Sobald Wilson seine Genehmigung gegeben hat, wird der Entwurf den Deutschen zugestellt werden. Man werde aber diesen nicht erstatten zu debattieren oder irgend welche Änderungen vorzunehmen. Die Beratung der deutschen Delegation hänot von der Entwidlung der inneren Lage in Deutschland ab.

## Portugiesische Forderungen.

c. Von der Schweizer Grenze, 17. März. (Via-Teil.) Die Neue Korrespondenz meldet aus Paris: Der hier eingetroffene portugiesische Außenminister erklärte bezüglich der Forderungen Portugals, daß das Land die Rückeroberung der Gebiete verlange, welche Deutschland im Jahre 1892 Portugal entzogen habe. Portugal verlange ferner die Wiedergutmachung der vom Feinde in seinen Häfen, in seinen Kolonien und in seiner Handelsmarine verursachten Schäden, sowie auch die Bezahlung seiner Kriegskosten. Es sei unumgänglich notwendig, daß Portugal aus dem Frieden Ruheziehe.

## Wilson reist nach Belgien.

c. Von der Schweizer Grenze, 17. März. (Via-Teil.) Der Genfer Vertreter der Neuen Zür. Ztg. meldet, daß Präsident Wilson vom 25. bis 30. März den Belgiern einen Besuch machen werde. Er werde sich in Brüssel „aufhalten, wo ihm der ehemalige Polast der Prinzessin Clémence zur Verfügung gestellt werden soll. Während seines Aufenthaltes wird Präsident Wilson die Schlichter von Standern sowie die Stätten, die unter dem Krieg am meisten gelitten haben, besuchen, besonders Ypern und Dinant.

## Deutsche Südpfeolonien — eine „Bedrohung“ Australiens und Neuseelands.

Von geschätzter Seite wird uns geschrieben: In einem im Januarheft 1919 (Nr. 1 Vol. X) des „United Empire“ abgedruckten Artikel spricht sich The Hon. Sir Charles Wade gegen eine Rückgabe der deutschen Südpfeolonien an Deutschland aus. Zur Begründung führt er u. a. an, daß die Deutschen sich unter der Verkleidung als Händler in die Südpfe eingeschlichen und dort, gegen den Widerspruch australischer Kreise, auch politische Fuß gefaßt hätten, ausgerechnet in der Absicht, Australien und Neuseeland durch militärische Operationen zunächst voneinander zu trennen und dann zu erobern. Der Verfasser sieht im Geiste schon zwölf „Erdens“, die britischen Schifffahrtslinien im Stillen Ozean bedrohen, er sieht die deutschen pazifischen Inseln als herberge zahlreicher Stützpunkte für U-Boote mit einem Aktionsradius bis zu 30 000 Seemeilen, und er sieht die Bombensieger, welche im Laufe einer Stunde von Neuguinea den australischen Kontinent erreichen. Um zu beweisen, daß die Deutschen in Neuguinea solche Pläne schon vor dem Kriege von langer Hand vorbereitet hätten, führt er aus, der ursprüngliche Zweck der ausgezeichneten Wege, welche von Rabaul nach den Höhen der Insel gebaut wurden, sei offenbar nicht der unmittelbare Vorteil des deutschen Händlers, sondern der gewesen, den Transport schwerer Geschütze zu ermöglichen. Tatsächlich waren alle Wege des Schutzgebietes, mit Ausnahme der 3 Kilometer langen Straße von Rabaul zu dem auf einem Berggründen gelegenen Gouverneurshaus, nicht viel mehr als Fußspfade. Im übrigen erinnert die Betrachtungsweise des Herrn Wade an den bekannten Ausspruch des Barons Rittsch, „armes Batter, wie hast Du dich verändert“. Tatsache ist, daß die deutschen Südpfekolonien bei Kriegsausbruch kein einziges Geschütz, ja nicht einmal ein einziges Maschinengewehr besaßen haben.

Ein anderer Stelle gibt Sir Charles Wade allerdings zu: „Germany has for a generation pursued a policy of peace and penetration.“ Und wenn er ehrlich sein wollte, müßte er auch anerkennen, daß Deutschland in Zukunft im Stillen Ozean keine andere als rein wirtschaftliche Tätigkeit ausüben könnte. Aggressive militärische Tendenzen so weit weg von der Heimat sind für Deutschland an und für sich militärisch und finanziell unmöglich. Der Verfasser scheint aber auch nicht bedenken zu wollen, daß mit dem durch die Uebermacht an Menschen und Kriegsmitteln geschlagenen Heer der Militarismus in Deutschland vernichtet ist, der so viel erdörte Militarismus, welcher tatsächlich die Domäne einer kleinen, jetzt machtlos gewordenen Gruppe gewesen ist. Wie aber jemand, der das künftige Ende der deutschen Marine erlebt hat, Deutschland noch weitreichende aggressive Pläne des Seerrieges zutrauen kann, ist vollends unverständlich.

Was des Verfassers Ausführungen betrifft, ist nichts anderes als Brotneid. Weil der ungeheure Kontinent von Australien von seiner „scanty population“, die tatsächlich nur durch ununterbrochene Einwanderung auf ihrer geringen Höhe gehalten zu werden vermag, auch in Jahrhunderten noch nicht entwickelt werden kann, sind die fleißigen Angehörigen „of conquered countries“, vor allem die Deutschen in der Nachbarhaft unerwünscht. Um hiervon abzulernen, fragt er vergleichsweise, was denn Briten sagen würden, wenn Deutschland durch den Friedensvertrag im Besitze der belgischen Küste gelassen werden sollte?

Ueber den auch von Großbritannien proklamierten Grundsatz „keine Entschädigungen und keine Eroberungen“ kommt der Verfasser gerade so leicht hinweg, wie über das bei dem Waffenstillstandsvertrage verstandene britische Wort. Durch den auch von Großbritannien ohne Vorbehalt akzeptierten Wilsonschen Programmpunkt einer „freien ehrslichen und vollständig unparteiischen Erledigung aller kolonialen Ansprüche“ erachtet er weder die verbündeten Regierungen noch Großbritannien „committed to any definite agreement“. Verfidious Albion. So hat England es verstanden, im Laufe der Zeit fast sämtliche Kolonien seiner damaligen Freunde an sich zu bringen.

## Die politische Lage in Bayern.

Eröffnung des bayerischen Landtages.

München, 17. März. (Via-Teil.) Der bayerische Landtag hat in seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Dem in der am 22. Februar durch die bekannten Vorgänge unbrochenen Sitzung ist es eigentlich zu keinen geschäftlichen Verhandlungen gekommen. In den Sammlungen oder Redeförungen vor dem Landtage oder in den dorthin führenden Straßen hat es bis jetzt nicht gegeben. Die Straßen, die zum Landtagsgebäude führen, waren schon am frühen Morgen durch Polizisten abgesperrt. Das Infanterie-Regiment stellte die gesamte Schutzmacht. Zutritt hatten nur die mit besonderen Karten versehenen Personen. Abgeordnete, wie Kreisvertreter mußten sich beim Eintritt in das Gebäude auf Balken von Kriminalbeamten unterziehen lassen. Auch im Landtagsgebäude selbst

erfolgt nochmals eine genaue Prüfung und Durchsufung. Die Teilnehmenden für die Zuhörer waren nicht geöffnet. Die Diplomatologie war den Vertretern außerparlamentarischer Staaten zugänglich.

Zu der Sitzung waren die Abgeordneten vollständig erschienen. In dem Platte der Reglerungsvertreter sah allein der voraussichtliche Ministerpräsident H o s s i a n n - K o l l e r s i a n e r n. Andere Regierungsvertreter fanden hinter ihm.

10 Uhr eröffnete der stellvertretende Alterspräsident Dr. S o s b r u n n e r die Sitzung mit einer kurzen Ansprache. Er begrüßte die Abgeordneten und gab dem Wünsche Ausdruck, daß die Sitzung gut verlaufen möge. Er beachte dann mit tiefempfundener Worten der Astenale auf Eisner und weiter auf die übrigen Mitglieder des Hauses und erbat und erhielt die Ermächtigung, dem bisherigen Minister K u e r die Teilnahme und Wünsche des Hauses zu einer vollständigen baldigen Wiedergewählung überbringen zu dürfen.

Dann schritt man zur Wahl des Präsidenten, die ebenfalls die Wahl der Schriftführer durch Zuzuf erfolgte. Als erster Präsident wurde der Reichstagspräsident, Gewerkschaftsführer Franz S c h m i t t gewählt, der die Wahl annahm und nunmehr die Sitzung leitete. In seiner Begrüßungsansprache hat er die Abgeordneten, ihn tatkräftig zu unterstützen. Er sprach dann die Sitzungen mit vollster Objektivität zu leiten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es mit vereinten Kräften gelingen möge, die schweren Aufgaben zu lösen und das bayerische Volk einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Alsdann wurde in der Wahl fortgeschritten. Zum ersten Vizepräsidenten wurde der Abg. Königbauer von der Bayerischen Volkspartei gewählt, zweiter Vizepräsident wurde der demokratische Abg. H a m m e r s c h m i d t.

Inzwischen waren auch die Minister Unterstaatssekretär und Brauendörffler im Hause erschienen.

Der Präsident gab dann bekannt, daß dem Hause 50 Anträge zugegangen seien. Im Verlaufe der Sitzung gab der Abg. S p e c k von der Bayer. Volkspartei die Erklärung ab, daß die Partei dem Gesetzentwurf für ein Staatsgrundgesetz trotz ernstlicher Bedenken im Hause zustimmen werde.

**Dunkle Wochenstunden in München.**

München, 17. März. (Priv.-Tel.) In München wird zur Zeit sehr eifrig für Kundgebungen und zum Generalkonferenz anläßlich durch allerlei dunkle Wochenstunden So werden durch Unbekannte Handzettel ausgegeben, die in den Betrieben zirkulieren und zu einer Kundgebung am Sonntag, 20. und zum Generalkonferenz auffordern. Diese Handzettel sind unterzeichnet mit „die Parteileitung“. Die sozialdemokratische Parteileitung erließ deshalb eine Bekanntmachung an die Parteimitglieder und Gewerkschaftsangehörigen, in der sie von diesem Treiben Kenntnis gab und mitteilt, daß eine Kundgebung von ihr nicht geplant sei. Eine Kundgebung würde vielmehr die Arbeiten des Landtages und des Ministeriums jetzt stören. Die Ausrufung des Generalkonferenz aber bezeichnet die Partei als ein Verbrechen. Sie fordert deshalb auf, sich an einer Kundgebung nicht zu beteiligen.

Die U. S. P. erließ am gestrigen Sonntag ebenfalls durch Anschlag verkünden, daß sie mit der Aufforderung zum Generalkonferenz nichts zu tun habe. Der Aufforderung möge man nicht Folge leisten und die Arbeiter sollen sich nicht provozieren lassen. In ähnlichem Sinne verbreitete auch die kommunistische Partei eine Erklärung.

Ueber die unverantwortlichen Treibereien wird eine Unteruchung eingeleitet. Zu einer Kundgebung kam es am Sonntag nicht, auch wohl deswegen, weil das Wetter absolut nicht dazu geeignet war, auf die Straße zu gehen. Der Sonntag verlief in München vollständig ruhig.

**Kommunistische u. Erwerbslosenvereinigungen in München.**

München, 17. März. (Priv.-Tel.) Die kommunistische Partei veranstaltete gestern mehrere große Versammlungen. Man besetzte sich dort ebenfalls mit der Aufforderung zum Generalkonferenz, mit der die kommunistische Partei nicht das geringste zu tun habe. In einer Erklärung wurde darauf hingewiesen, daß der richtige Augenblick noch nicht gekommen sei. Die Ergriffung der Macht sei für die Kommunisten unmöglich, solange sie nur die Minderheit der Massen hinter sich habe. Die kommunistische Partei warnt die Proletariat, keine Veranlassung zu bewaffneten Zusammenstößen zu geben, der Augenblick des Sieges sei nicht mehr ferne.

Die Erwerbslosen nahmen in mehreren Versammlungen am gestrigen Sonntag Stellung gegen die Gewerkschaftsführer. In einer Entschließung legen sie die Gründe ihres Vorgehens dar und fordern eine Neuwahl der Gewerkschaftsführer.

**Deutsche demokratische Partei in Baden.**

**Wahlkreisorganisation in Mosbach.**

Die gestrige Delegiertenkonferenz der Deutschen Demokratischen Partei im Wahlkreis Mosbach war von Vertretern zahlreicher Vereine und Vertrauensmännergruppen aus dem ganzen Unterland von Mannheim bis Weithelm anwesend. Von Seiten der Fraktion der Nationalversammlung waren die Abgeordneten H e i g - M a n n h e i m, D r. H e s e r - H e i d e l b e r g, S c h ä f f e r - H e i d e l b e r g und F e s c h - U n t e r s c h l e i p f e r erschienen. Zum Vorsitzenden der Konferenz wurde durch Zuzuf Herr Landgerichtsrat Dr. E i s f ä s s e r - H e i d e l b e r g gewählt, der die Verhandlungen in meisterhafter Weise leitete.

Es wurde beschlossen, Heidelberg, das in der Mitte des Wahlkreises liegt, zum Hauptort und Herrn Dr. E i s f ä s s e r als ersten Vorsitzenden für den Wahlkreis zu bestimmen. Die künftige Wahlkreisorganisation soll sich auf zwei Organe stützen, die Wahlkreisorganisation, bestehend aus den Vertretern sämtlicher Vereine und Vertrauensmännergruppen, entsprechend ihrer Größe, und der Wahlkreisausschuss, der sich aus den Delegierten der einzelnen Bezirksverbände, der Städte Mannheim und Heidelberg, sowie den Abgeordneten im Reichstag und im Landtag zusammensetzt. Als Hauptaufgabe der Wahlkreisorganisation und des Wahlkreisausschusses wurde der Ausbau der Organisation und die Aufstellung der Kandidatenlisten für Reichs- und Landtagswahlen bezeichnet.

Zur Karlsruher Landesversammlung der Gesamtpartei beantragt der Verband des 4. Wahlkreises a) die Vermehrung des engeren Parteivorstandes um je einen Vertreter der vier Landtagswahlkreise; b) eine Begründung des Parteiaussschusses, dergestalt, daß in ihm über den Wahlkreis des Landes mindestens einer Vertreter bekommt; c) die Übertragung der obersten Gewalt von der Landesversammlung, deren Zusammensetzung wesentlich von dem zufälligen Ort ihrer Tagung beeinflusst wird, auf den Delegiertenrat, in welchem jeder Ortsorgan seine gesicherte Vertretung hat. Für den Fall, daß diese Anträge auf der Landesversammlung angenommen werden, wird der 4. Landtagswahlkreis 20 Vertreter in den Parteiaussschuss stellen, nämlich je einen für die 14 Wahlkreise, außerdem 4 Vertreter für die Stadt Mannheim und 2 für die Stadt Heidelberg. Der Ausbau der Organisation erfolgt somit aus praktischen Gründen entsprechend der politischen Einteilung des Landes. In den Wahlbezirken selbst schließen sich die Ortsvereine und Vertrauensmännergruppen zu einem Bezirksverband zusammen, dessen Organe analog der Wahlkreisorganisation die Bezirkskonferenz und der Bezirksausschuss sind. Der Vorsitzende des Bezirksvereins wird in den meisten Fällen zugleich Vorsitzender des Bezirksverbandes sein und gehört als solcher dem Parteiaussschuss an.

Als 2. Vertreter des 4. Wahlkreises im engeren Parteivorstand (bei Annahme des entsprechenden Antrages durch die Landesversammlung) wird durch Zuzuf Herr Dr. E i s f ä s s e r bestimmt.

Rachdem Herr Parteileiter Stein - H e i d e l b e r g noch auf wärmste zum Besuche der Karlsruher Landesversammlung am 20. März durch alle Parteifreunde aufgefordert hatte, schloß der Verband die Konferenz, deren Verlauf in den besten Hoffnungen für den Ausbau der Parteiorganisation im Unterland beendigt.

**Letzte Meldungen.**

**Keine Kabinettskrise.**

Berlin, 17. März. (Von unserm Berliner Büro.) Das Kabinet wird sich mit der sogenannten Broddorf-Krise, das heißt mit den Besprechungen, die der Minister des Auswärtigen mit Angehörigen der Unabhängigen Sozialdemokratie gepflogen haben, erst heute beschäftigen. Uns wird von neuem versichert, daß von einer Kabinettskrise in diesem Moment jedenfalls nicht zu sprechen ist.

**Unterstaatssekretär Baake.**

Berlin, 17. März. (Von unserm Berliner Büro.) Ein Berliner Weltanschauer hatte gestern gemeldet, daß Unterstaatssekretär Baake zurückgetreten sei, sich aber weiterhin der Regierung zur Verfügung halte. Wie wir von zuverlässiger Seite hören, entspricht diese Nachricht den Tatsachen nicht.

**Zurückziehung der Regierungstruppen aus Berlin.**

Berlin, 17. März. (Von unserm Berliner Büro.) Wie die B. Z. hört, wird der größte Teil der Regierungstruppen in den nächsten Tagen aus Berlin zurückgezogen und in der weiteren Umgebung der Reichshauptstadt in Quartieren untergebracht werden.

**Deutschland beharrt auf dem Wilsonfrieden.**

London, 17. März. (B. U.) Britische Blätter melden aus Stockholm in bezug auf die letzten deutschen Briefe veranlaßt mit großer Bestimmtheit, daß Deutschland es ablehnen werde, einen Frieden zu unterzeichnen, der nicht in Übereinstimmung steht mit Wilsons vierzehn Punkten. Man soll sich über die Folgen einer solchen Ablehnung vollkommen klar sein und wird unter keinen Umständen einen Frieden annehmen, der den Reim zu neuen Konflikten in sich trägt.

Britische Blätter bemerken hierzu: Sollte der Friede herabgezogen werden, daß die deutsche Regierung sich weigerte, ihn anzunehmen, so würde die Bane für Deutschland kaum schlimmer werden können, als sie gegenwärtig ist. Das Milizensystem, das erforderlich ist, um das ganze Reich zu versetzen, kann aus den Allierten zu keinem Zweck aus Übermaß nicht beschafft werden. Es wird sich auch ungewiss sein, ob man früher oder später geneigt ist, gegenüber der deutschen Republik Gewalttätigkeiten zu üben. Natürlich ist eine gewisse Gefahr damit verbunden, zu dem Friedensschluß Reim zu sagen, aber im Hinblick auf die Zustände in den Entente-Ländern ist die Gefahr einer solchen Demonstration in Wirklichkeit doch nicht so groß, als sie im ersten Augenblick zu sein scheint.

**Helmschutz deutscher Truppen aus dem Orient.**

Berlin, 17. März. (Von unj. Berl. Büro.) Die bisher bei Konstantinopel internierten deutschen Truppen befinden sich zur Zeit auf der Helmschutz nach Hamburg. Die Truppen befinden sich auf den von der Entente dafür bestimmten Schiffen, oder kleine Frachtdampfer ohne Heizung, bei ganz ungenügender Ventilation und ohne jeden Bewegungsspielraum, eng zusammengepackt. In der Hoffnung auf baldige Ankunft in der Heimat würden sie diese Unbequemlichkeiten gerne ertragen, wenn wenigstens einigermaßen ausreichende Sicherheitsvorkehrungen getroffen wären. Der Angehörigenauschuss der deutschen Truppen am Schwarzen Meer und in der Türkei hat über die Notlage berichtet, daß zum Beispiel auf dem Dampfer „Bertram“ und auch auf den anderen Schiffen, Schwimmwesten gänzlich fehlen. Die vorhandenen Rettungsboote reichen bei weitem nicht aus und können durch eine Anzahl Stöße nicht ergriffen werden. Es liegt auf der Hand, mit welchen Gefahren unter diesen Verhältnissen die Beförderung der Truppen auf den kleinen Schiffen durch die Bucht von Bosporus und die Nordsee verbunden sind. Eine derartige Fahrt muß vermieden werden. In Hamburg liegen seit Wochen geeignete Dampfer bereit, welche nach Gibraltar entsandt werden können, wenn die Entente die Ausreisegenehmigung erteilt. Der Angehörigenauschuss hat die deutsche Waffenstillstandskommission gebeten, in Spo dringende Vorstellungen zu erheben, um die heimkehrenden Orientkrieger vor den ihnen drohenden Gefahren zu beschützen.

**Wesentliche Verminderung der französischen Besatzungsarmee.**

von der Schweizern Grenz, 17. März. (Privat-Telegr.) Der Pariser „Temps“ meldet, daß nach einer Erklärung der Regierung im Hinblick auf die französische Besatzungsarmee in Deutschland auf 250 000 Mann, d. h. ein Drittel der gegenwärtig bestehenden herabgesetzt werden soll.

**Forderung der Schließung der deutschen Festungen.**

von der Schweizern Grenz, 17. März. (Privat-Telegr.) Wie die „Information“ aus Paris berichtet, befohl der Oberste Kriegsrat in seiner letzten Sitzung, von Deutschland die unverzügliche Schließung aller großen Festungen zu fordern.

**Ne deutsche Schiffe in Südamerika.**

von der Schweizern Grenz, 17. März. (Privat-Telegr.) Die „Newport Times“ erzählt, daß von 12 deutschen Schiffen, die Argentinien interniert sind, der größte Teil für den Kohlen- und Nahrungsmitteltransport nach Europa verwendet werden soll. Die Allierten werden zu diesem Zweck mit den argentinischen und chilenischen Vertretern in Paris in Unterhandlungen treten.

**Zum Massenmord der Matrosen in Berlin.**

Berlin, 17. März. (Von unserm Berliner Büro.) Der Reichspräsident E b e r t legt Wert darauf, daß die Angelegenheit der angeblichen Massenmorde der Matrosen in der Französischen Straße dem Gericht übergeben wird und hat Herrn R o s t e beauftragt, die schnellste Aufnahme des Verfahrens zu veranlassen.

**Riefenschießungen mit Heeresgut.**

München, 17. März. (Priv.-Tel.) Einer Riefenschießerei mit Heeresgut in Höhe von mehr als 10 Millionen Reichsmark ist die Polizei in München auf die Spur gekommen. Es handelt sich hauptsächlich um Spirituosen, Arznelien und Kartellendwaren. Die Schieber scheinen nicht durchzuführen zu sein. 20 Personen wurden verhaftet. Darunter befindet sich ein Oberleutnant aus dem Kriegsministerium, andere Offiziere, Intendantenbeamten, Sanftiers, Brauereibesitzer, Kaufleute und zwei als große Schieber bekannte Barone. Einem Münchener Polizeibeamten waren bereits gegen Anzahlung von 500 000 M. Waren im Werte von 1 Million Mark angeboten worden. Die Unteruchung ist noch nicht abgeschlossen und dürfte weitere Kreise ziehen.

**Die Spannung zwischen Rom und Belgrad.**

Paris, 16. März. (Reuter.) Da das Beslaubigungs-schreiben des neuen italienischen Gesandten in Belgrad an den „König von Serbien“ gerichtet war, wogerte die serbische Regierung, es anzunehmen. Sie forderte, daß es an den „König der Serben, Kroaten und Slawonen“ gerichtet werde. Italien, das den neuen Staat nicht anerkennt, weigert sich, das Beslaubigungsschreiben abzuändern. Der Gesandte war deshalb gezwungen, wieder abzureisen.

**Der Vormarsch auf Mitau.**

Elbau, 16. März. (B. U.) Die Letzliche Presse meldet: Der konzentrierte Vormarsch auf Mitau wird fortgesetzt. Die Eisenbahnlinie Bindau-Mitau ist überschritten. J e h r e n, L a n d a u und J a b e n sind genommen. Den bolschewistischen Truppen in Nordturland droht Einschließung. In Riga und Mitau herrscht Panik unter den Bolschewisten.

**Belagerungszustand über Saloniki und Vella.**

Bern, 16. März. (B. U.) Wie das „Veit Journal“ aus Saloniki meldet, ist über Saloniki und Vella der Be-

lagerungszustand verhängt worden. Alle Versammlungen sind verboten, ferner alle Meldungen über Truppenbewegungen, Krankheiten in der Armer oder im Land, über Zustände und dergleichen.

**Gegen Lügenmeldungen über München.**

München, 17. März. (Priv.-Tel.) Der Münchener Journalisten- und Schriftstellerverein hat sich in seiner gestrigen Hauptversammlung auch mit den Sensationsberichten über die Münchener Vorkänge in auswärtigen Blättern beschäftigt. In einer Entschließung wird der heftigen Empörung über die verheerenden Lügenmeldungen Ausdruck gegeben. Es werde alles daran gesetzt werden, die Urheber dieser Nachrichten zu ermitteln und an den Branger zu stellen. Der Verein lehnt jede Gemeinschaft mit solchen gewissenlosen Elementen ab und hat an deren Ausmerzung selbst das allergrößte Interesse.

Amsterdam, 16. März. Nach einer Neuzermeldung aus Kairo demonstrierten am 10. und 11. März große Volksmengen vor der englischen Residentur und den Kasernen. 400 Demonstranten wurden verhaftet. Das Militär stellte die Ordnung wieder her. Die Verluste waren sehr gering.

**Paris, 17. März. (Eigener Drahtbericht, indirekt.)**

Die amerikanischen Völkerbundgegner beschränken ihre Propaganda nicht auf Amerika, sondern werden auch nach Europa kommen, um ihren Gründen gegen die Liga der Nationen Nachdruck zu verleihen. Wie der amerikanische Senator P o i n d r e c k e r, selbst einer der schärfsten Gegner des Völkerbundsprojektes in der von der Pariser Konferenz beschlossenen Form, im Senat der Vereinigten Staaten mitteilte, wird sich eine Abordnung der Gegner des Völkerbundes demnächst nach Paris begeben.

**Handel und Industrie.**

**Mannheimer Aktienbörse.**

Die heutige Börse nahm einen ruhigen Verlauf und sind um ganz geringe Kursveränderungen zu verzeichnen.

**H. Fuchs, Waggonfabrik A.-G., Heidelberg.**

Da die einberufene außerordentliche Generalversammlung wegen ungenügender Stimmzahl nicht beschlussfähig war, so werden die Aktionäre zu einer weiteren außerordentlichen Generalversammlung auf Donnerstag, den 3. April eingeladen. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die Erhöhung des Grundkapitals um 1 000 000 M. auf 4 000 000 M. und Beschlußfassung über die Begehungart.

**Heidelberg Volksbank, e. G. m. b. H.**

Nach dem Bericht der Bank erfuhr die Gesamtsumme von 461 000 000 M. gegen das Vorjahr eine Steigerung von 134 000 000 M. Die Bilanzsumme konnte sich von 15 000 000 M. auf 25 000 000 M. erhöhen. Die Spareinlagen und Depositionsgelder nahmen um 2 200 000 M. zu und die Konto-Korrent-Kreditoren, einschließlich der Guthaben von Genossenschaften, haben sogar eine Steigerung von 6 500 000 M. gegen das Vorjahr aufzuweisen. Der Stückgewinn Heidelberg wurde ein kurzfristiges Darlehen von 2 000 000 M. überlassen. Das Bankguthaben betrug am Jahresabschluss rund 5 500 000 M. gegen M. 860 000 i. V. Die Kontokorrentausstände, wovon M. 2 721 000 durch Wertpapiere (Lombardausstände) gedeckt sind, belaufen sich — einschließlich des Darlehens von M. 2 000 000 an die Stadt Heidelberg — auf 9 413 000 gegen M. 7 836 000 i. V. Die von der Bank geleisteten Bürgschaften (Ovale) erhöhen sich von M. 73 427 auf M. 399 104. Für diese Ausstände sind ausreichende Sicherungen vorhanden. Der Reingewinn beläuft sich auf M. 138 856 (136 643). Die zur Ausschüttung vorgeschlagene Dividende beläuft sich auf wiederum 7%, wie in den letzten 18 Jahren. Nach den üblichen Abschreibungen und Rückstellungen werden M. 7490 (8076) auf neue Rechnung vorgezogen.

**Volksbank Hockenhelm, e. G. m. b. H.**

Nach dem Abschluß stieg der Gesamtumsatz von 14 750 000 Mark im Vorjahre auf M. 24 000 000 M. und der Reingewinn von M. 12 020 i. V. auf M. 13 781 im Berichtsjahr. Es gelang wiederum eine Dividende von 5% wie im Vorjahr zur Ausschüttung, während M. 1828 (2793) auf neue Rechnung vorgezogen werden. Die Einlagenkonten haben alle beträchtliche Zunahmen aufzuweisen, so das Spareinlagenkonto um rund 322 000 Mark und die Guthaben in laufender Rechnung um rund 179 000 Mark, was immerhin als beachtliches Zeichen der bestehenden Geldfülle sowie des Sparanebens in der Hockenhelmer Gegend anzusehen ist. Der Bericht des Vorstandes stellt mit Genugtuung fest, daß im Kreise der 458 Mitglieder, hauptsächlich der Landwirte und einzelner Geschäftleute, eine Entscheidung eingetreten ist, denn von den vor dem Kriege gewährten und bewilligten Vorschüssen und Krediten sind über M. 400 000 zurückbezahlt worden.

**Frankenthaler Brauhaus A.-G., Frankenthal.**

Wie man aus berichtet, übernahm das Unternehmen die Brauerei Metzner samt Wirtschaften vorbehaltlich Genehmigung der Generalversammlung. Die Malzfabrik verbleibt dem bisherigen Inhaber der Brauerei Metzner.

**Frachtenmarkt in den Ruhrhäfen.**

Amliche Notierungen der Schiffbröse zu Duisburg-Ruhrort. Kohlenfrachten für 1000 kg. Frachtsätze von den Rhein-Ruhr-Häfen vom 11. und 12. März nach Mainz-Gustavsburg 2.50, nach Mainzplätzen bis Frankfurt a. M. 2.75, nach Mannheim 2.50, nach Karlsruhe 2.80, nach Lauterburg 3.00, nach Straßburg i. E. 3.50; von den Häfen des Rhein-Herne-Kanals am 12. März nach Koblenz 2.50. Schleppe 16hne von den Rhein-Ruhr-Häfen am 11. und 12. März nach Mainz-Gustavsburg M. 3.00, nach Mannheim 3.20. Wechselkurs am 11. März 100 B. M. 385.25. Frachtsätze vom 15. März von den Häfen des Rhein-Herne-Kanals nach Koblenz M. 2.50. Wechselkurs: 100 B. M. 400.25.

**Berliner Wertpapierbörse.**

Berlin, 17. März. (W. B.) Die Tendenz an der Börse war zu Beginn nicht einheitlich. Montanpapiere setzten vorwiegend gehoben ein, besonders Oberschlesische auf Grund der Belassung des Streiks Bismarck-Hütte, Laur, Löhninger und Rombacher Hütte notierten bemerkenswert höher. Pöblich-Aktien waren zu wenig verändert, außer zu schwächeren Kursen behandelt. Auch Deutsche Kali zogen an. Schiffahrtaktien erholten sich zum größten Teil von ihrem anfanglichen Schwäche. Orientbahnaktien waren steigend, weil angeblich ein französisches Konsortium den Besitz des Wiener Bankvereins an Orientbahnaktien zu erwerben beabsichtigt. Am Anleihemarkt waren deutsche Anleihen gut behauptet. Fremde Anleihen zogen meist an. Im späteren Verlauf war die allgemeine Tendenz vorwiegend schwächer im Zusammenhang mit den Erörterungen über das Brüsseler Finanzabkommen mit der Entente.

Berlin, 17. März. (Devisenmarkt.)

Auszahlungen für:	15.	16.	17.
Konstantinopel	402.50	401.00	397.50
Holland 100 Gulden	258.00	258.50	255.00
Dänemark 100 Kronen	280.75	281.25	277.75
Schweden 100 Kronen	269.75	270.25	270.25
Norwegen 100 Kronen	206.75	207.00	203.75
Schweiz 100 Franken	48.95	49.05	48.95
Oest.-Ungarn 100 Kronen	159.00	160.00	160.00
Spanien	99.25	99.75	98.75
Belgien 100 Lira			
Helsingfors			

Aus Stadt und Land.

Verleihen wurden dem Finanzrat Max Fleischmann in Karlsruhe aus Anlaß seiner Ernennung zum Reichsbevollmächtigten für Säckerei und Steuern in Regensburg den Titel Oberster Finanzrat, den Steuerkommissären Heinrich Scherer in Wetzlar, Rudolf Kränzel in Oberbach, Emil Goh in Waldshut, Johann Benz in Reisingen, Julius Becker in Etzold, Philipp Benz in Waldshut, August Wolf in Schönbach, Oskar Kuer in Säckingen, Hermann Ehinger in Freiburg, Gerhard Reuttel in Eppingen, Karl Böfel in Eintracht, Sifj Mertl in Engen, Hugo Harder in Karlsruhe, Ludwig Marfels in Philippsburg, Josef Reulholz in Bonndorf, Max Edelmann in Karlsruhe, August Haller in Adelshausen, Felix Schappius in Wehrhahn, Eduard Kunz in Bogberg, Rudolf Schöbel in Hornberg, Eugen Stang in Reustadt und Albert Schöb in Gernsbach den Titel Obersteuerkommissär.

Postverkehr mit dem Hanoverlande. Von jetzt ab ist wieder ein beschänkter Postverkehr zwischen dem unbesetzten Deutschland und dem Brückenspostgebiet Rehl gestattet. Briefpostverbindungen sind im gleichen Umfang und unter den gleichen Bedingungen wie nach West-Preußen zugelassen.

WTB. Verlängerung der Frist für die Rückführung der Schwerbeschädigten. Laut Verordnung vom 1. Februar 1919 hat das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung verfügt, daß Schwerbeschädigten frühestens zum 15. März gekündigt werden darf. Diese Frist ist durch eine neue Verordnung bis zum 15. April verlängert worden.

Grenzsperre. Wie vom Badshuter Grenzschutz mitgeteilt wird, ist die Grenze nach Deutsch-Oesterreich sowohl für den Warenverkehr, als auch für den Personenverkehr gesperrt. Die Grenzsperrung erfolgte aus Gründen der Valuta und wird voraussichtlich bis zum 24. März dauern.

Das gestrige Konzert im Nebelungenaal fand das Interesse eines starkbesetzten Hauses. Das Mannheimer Soloquartett ließ sich erstmals vor der breiteren Öffentlichkeit hören. Der Vortrag war — wie auch vor einiger Zeit das mehr interne Auftreten im Galasaal — nicht über. Im wesentlichen hatten die Sänger Oberfranz, Münch, Schmitz und Köhr das damalige Programm beibehalten, dessen Ein- und Ausleitung zum Schaden des Pianisten die Umdeutung des edigen Volksliedes verließ. Dadurch, daß ein Schloß wie das „Ratzenberg“ jedem Kind in den Ohren und auf den Lippen liegt oder daß eine sog. Komposition einen oberflächlich humoristischen Kern hat, wird nach dem Volkslied. Das im Aufgebote an ein wenig anspruchsvolles Publikum. Aber gerade die ausübenden Kräfte sind mit dazu beizutragen, auch die Durchführer zu reineren Quellen zu führen. Das taten die vier Sänger denn auch in ihren übrigen Programmliedern, von denen „Nun ist wohl die kleine Gasse“, „Wien“ von Heim und „Hollerstrauch“ von Kirchner hervorgehoben seien. Auf dem Gebiet der echten Volkslieder liegt das Feld des Quartetts, das über gutes Material (bei dem man allerdings dem Tenor eine etwas männliche Stimmsäule wünschen möchte), vorzügliche gegenseitige Kapazität und verständigen Vortrag verfügt. — Die Kapelle Petersmann hatte unter Herrn Beckers Leitung ein sehr umfangreiches Programm durchzuführen. Von ihr läßt sich berichten, daß die Begleitung der einzelnen Stücke von fleißiger Arbeit und künstlerischem Streben zeugte, das denn auch — wie das Quartett — die verdiente Anerkennung fand, besonders bei der sorgfältig ausgeführten Phantasie aus „Lambacher“, dem Cyclus aus der Oper „Der Geist des Waldes“, einer Auswahl aus „Hoffmanns Erzählungen“ und Overture zu „Sart und Zimmermann“.

Die Baumblütenpracht der Bergstraße kann bei Klemm weiter während der Fahrt auf der elektrischen Nebenbahn zwischen Riedel und Weinsheim genossen werden. Den Wanderern haben sich bereits ihre nächsten Verwandten beigegeben, und mit dieser Herrlichkeit wird in kurzer Zeit auf den Rebhängen der Bergstraße die der Birke und der Aprikose hinzukommen und im Sonnenschein auf die lautenwachen Kletterer einladen. Da lohnt es sich dann mit den Blütenwanderungen zwischen Heidelberg und Weinsheim zu beginnen.

Polizeibericht vom 17. März (Schluß). Unfälle. Am 12. ds. Mts. fiel das 1 Jahr alte Kind eines in T. 5 wohnenden Säckers im gleichen Hause die Treppe hinunter und erlitt eine erhebliche Fußverletzung. — In einem Fabrikbetrieb auf dem Lindenhof wurden am 13. ds. Mts. einem 23 Jahre alten Arbeiter beim Ausheben eines 5-6 Zentner schweren Grabes eines Landbaumotors 4 Finger der linken Hand stark gequetscht. — Beim Nachgehen vor Spiritus ergodierte im Hause L. 13, 10 ein Spiritusbekälter. Dabei wurde einer 28 Jahre alten Köchin das Gesicht verbrannt. — Ein 15 Jahre alter Arbeitererbsling fiel am 14. ds. Mts. an der Kunsthalle bei der Vornahme von Glaserarbeiten aus einer Höhe von 5 Metern von einer Leiter herunter und brach den linken Fußknöchel. — In einer Fabrik in der Reichenheimerstraße stieß am 15. ds. Mts. ein 19 Jahre alter Fabrikarbeiter während

des Rangierens zweier Eisenbahnwagen zwischen die Buffer und wurde schwer gequetscht.

Körperverletzungen. Bei der Pferdeschwenne am linken Redarvorland (Stich am 15. ds. Mts. ein Tagelöhner einen mit einem Kindersattel besetzten 10 Jahre alten Knaben mit einer Schaufel über die Rückführung hinunter, so daß der Knabe einen Bruch des rechten Unterschenkels davontrug. Das verletzte Kind wurde mit dem Sanitätsautomobil ins Allgemeine Krankenhaus überführt. — Im Hause Rheinländerstr. 41 verletzte am 15. ds. Mts. ein Spengler seine Ehefrau durch Schläge mit einem Hammer, mit den Händen und durch Fußtritte. — Am gleichen Tage wurde eine 26 Jahre alte Heizerwitwe von einer 24 Jahre alten Schlosserwitwe im Treppenhause Rheinländerstr. 2 durch Stiche mit einer Schere mehrfach, teils erheblich verletzt.

Eindbruchsdiebstahl. In der Nacht vom 22. zum 23. Februar wurde in der Villa von Rander, Redarstr. 1, eingeschlagen und eine erhebliche Menge von Waren aller Art gestohlen. In dem Einbruch sollen eine größere Anzahl Täter beteiligt gewesen sein, von denen nur ein kleiner Teil festgenommen ist. Sachdienliche Mitteilung bezüglich weiterer Täter und Verbleib der gestohlenen Sachen bittet man an die Kriminalpolizei, Schloß, Zimmer 73, zu richten.

Aufgefunden wurden bei einem Schlosser in Redarau 60 Pfund Kokain, die dieser nach eigenen Angaben in letzter Zeit auf dem Redarvorland Straße von nach Mannheim fahrenden Tabakfuhrwerken gestohlen hat. Personen, die ihr Eigentum an dieser Sache nachweisen können, wollen sich bei der Staatsanwaltschaft, Zimmer 21, melden.

Verhaftet wurden, 26 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen, darunter 3 Tagelöhner von hier bzw. Sodenburg wegen Kanariendiebstahl, eine Frau von Lindenbach und ein Spengler von Ottersheim, außerdem ein Kesselschmied und Ludwigshafen, alle drei wegen Raubmordes, ein Kalkulator von Thalheim wegen Stillschleppens, 11 Personen wegen Diebstahls, 2 Kaufleute von Dirmstein und Dilsdorf wegen Schleißhandels, ein Metzger von Reilingen wegen Schwarzschlachten.

Vereinsnachrichten. Der Bezirksverein Mannheim des Reichsbundes der Kriegsbekämpften und ehem. Kriegsteilnehmer hatte am 13. ds. Mts. im oberen Saale der Bieberhof die Kriegshinterbliebenen, Kriegswitwen und Kriegseltern zusammengerufen, um sie innerhalb seiner Organisation zusammenzufassen, damit für ihre wirtschaftliche Besserstellung (schonmöglichst) etwas getan werden kann. Mehr als 800 Kriegswitwen und Kriegseltern waren diesem Ruf gefolgt, jedoch der Saal überfüllt war und ein angrenzender Saal immer noch herangezogen werden mußte. In einem Vortrag über die Forderungen der Kriegshinterbliebenen schloß sich eine freie Aussprache, die traurige Bilder von den wirtschaftlichen und sozialen Nöten der Kriegswitwen und Kriegseltern aufwies, die mandem an verantwortlicher Stelle stehenden gemäß das Gewissen schärft hätte. — Wie bitter notwendig hier eine unbedingte Erhöhung der Hinterbliebenenbezüge, sowie die Abstellung von allem ungerechten und unsozialen gesetzlichen Bestimmungen ist, das zeigte am besten der Rosenkranz der Kriegshinterbliebenen an diesem Abend, der alle darin einig werden ließ, daß für die Verbesserung ihres Loses nur eine starke Organisation Infrage käme, und was durch die vielen Beitrittserklärungen dokumentiert wurde.

Stimmen aus dem Publikum. Straßennähtigung. Wie im vergangenen Jahre wird die Dammstraße von der Vorgängstraße abwärts mit sorgfältigster Aufmerksamkeit täglich frühzeitig begossen, damit in diesem Strophen die Einwohner nicht durch Staub belästigt werden. Die Strecke der Vorgängstraße aufwärts gegen die Redarbrücke wird wohl auch begossen, wenn auch mangelhaft, oftmals erst gegen Mittag, erst am Nachmittage, was und was die Ursache dieser ungleichen Behandlung ist, wollen wir nicht untersuchen, wünschen aber, daß in Behandlung der Dammstraße Gleichmäßigkeit erzielt wird.

Kommunales. Weinsheim, 16. März. Die f. 3. für das Rinderheim Weinsheim bei Ermittlungen in der Schweiz zugewandte Gesamtsumme wurde vom hiesigen Gemeinderat erneuert, bewilligt. Auf Grund dessen können im laufenden Jahre wieder Kinder von gefallenen oder vermissten Kriegern oder Kriegsbekämpften bzw. Kriegsgefangenen zur Erholung nach der Schweiz geschickt werden. — Zur Abhilfe gegen die Wohnungsnot beschloß der Gemeinderat die Erstellung von 10 Wohnboraden. Die auf 50 000 M. veranschlagten Kosten sollen aus Kriegstreibmitteln gedeckt werden.

Wenßim bei Lauderbachshofheim, 16. März. Die hiesige Gemeinde hat das in ihrer Verwaltung gelegene fürst. Löwentstein-Bereichsland, über 300 Morgen große Pachtgut um den Preis von 180 000 M. käuflich erworben. Das Gut wird an die Landwirte der Gemeinde käuflich aufgeteilt.

Wörthheim, 14. März. Nach dem städt. Vorschlag muß die Umzäunung von 40 auf 44 Bg. erhöht werden. Gegenüber dem Vorschlag ist eine unbedeckte Wehrausgabe von rund 2 Mill. Mark vorhanden. Die Gesamtausgaben der Stadt Wörthheim sind nach dem neuen Vorschlag auf 9 895 000 M. (2 575 000 M. mehr als im Vorjahre) und die Gesamteinnahmen auf 4 635 000 M. (1 835 000 M. weniger als im Vorjahre) berechnet.

Konstanz, 17. März. Zu der Oberbürgermeisterfrage berichtet die „Kost. Ztg.“, daß der Kompromißvertrag, eine dritte Bürgermeisterstelle zu schaffen, damit jede der drei Parteien einen Bürgermeisternposten besetzen kann, vom Zentrum und den Sozialdemokraten abgelehnt worden ist. Auch die Demokratische Partei habe dagegen große Bedenken.

Aus dem Lande. Kiedrichhausen, 16. März. Die 22 Jahre alte Gm. K. K. brunn, Tochter des Wirts vom „Fähringer Hof“, die, wie berichtet wurde, im vergangenen Jahre durch einen unvorsichtigen Heilungsgangenen Revolvererschuß schwer verletzt wurde, ist in der Heidelberger Klinik ihren Verletzungen erlegen.

Heidelberg, 13. März. Der Vorkort hielt Dienstagabend im Heidelberger Gewerkschaftsaal eine Sitzung ab. Herr Hoffmann erläuterte den Bericht über die am 1. März in Durlach stattgehabte Landeskonferenz der U., S. und L.-Räte Beforschers erwahmenswert ist die Kartoffelerzeugung der Stadt. 500 000 Zentner Kartoffel fehlen den einzelnen Städten, um die Bevölkerung zu versorgen. Es fanden vor 2 Tagen in Karlsruhe Verhandlungen statt, in denen beschlossen wurde, Agrarierkommissionen aufs Land zu senden, um Kartoffel bei den Landwirten zu sammeln. Für den Zentner sollen 6 M. und 25 Pf. Zufuhr an die Bahn bezahlt werden. Ein Antrag auf Erhöhung des Satzes wurde abgelehnt. Die Besammlung vertritt sich nicht auf von dieser Maßnahme. Auch sind Fahndere ausgebildet worden, denen obliegt, was sie erwischt, auch zwischen Post und Express zu beschlagnahmen. Diese haben alle 2 Tage einen Bericht an die Zentrale nach Mannheim zu geben. Die U.S.B. brachte 2 Anträge ein. Der erste Antrag ging dahin, daß der Volkstrot protifizieren soll gegen das Auftreten von Militär im Mannheimer Bezirk und spricht die entschiedene Forderung aus, daß dieses Militär aus Heidelberg und Umgebung entfernt wird. Der zweite Antrag wendet sich gegen die Anwerbungen zum Reichswehr, sowie die Freikorps in Heidelberg. Der Vorkort sollte beschließen, daß diese Anwerbungen verboten werden. Zum zweiten Antrag gab die Verhütung von 10 Militärländern der U.S.B. Anlaß, die in Wiesbaden 18 Stunden einsezieret waren. Herr Stodt, Abg. der deutschen Nationalversammlung, trat den Anträgen gegenüber und ersuchte die Mitglieder der U.S.B. das Material im Wieslinger Hof ihm zur Verfügung zu stellen, damit man die Sache verfolgen könne. Nach Besprechung der badischen Verfassung, die er als überreicht bezeichnet, weil sich die Verfassungen der Einzelstaaten nach der Reichsverfassung richten müssen, rechtfertigte er die militärischen Maßnahmen, die mit der Sicherung unserer Ernährung eng zusammenhängen, und ging zum Schluß auf die Erörterung der Lebensmittelerzeugung über.

Bretten, 16. März. Heute feierten die Eheleute Sebann Heinrich Fröh und Christine geb. Benzemer ihre goldene Hochzeit.

Wörthheim, 16. März. Zum Stunde der Typhusepidemie können die „R. Nachr.“ mitteilen, daß die Zahl der Erkrankten nach den polizeilichen Meldungen etwas über 700 beträgt, daß also anscheinend ein Stillstand eingetreten ist. Daß die Seuche auf schlechtes Trinkwasser zurückzuführen ist, beweist der Umstand, daß die Nordstadt den Hauptteil der Erkrankungen bildet und dieser Stadtteil wird mit Größelwasser versorgt. In der Oststadt und in Brühlungen sind nur ganz vereinzelte Krankheitsfälle zu verzeichnen, während der Stadtteil Pfaffenweyden bis jetzt ganz frei von der Seuche blieb. Auch vom Lande sind keine Erkrankungsfälle gemeldet worden. Eine ausserordentliche Korrespondenz, die die folgende Nachricht verbreitete, es handle sich um Hungertypus, sei heute: „Es sollen auch Todesfälle vorgekommen sein.“ Letzteres ist richtig, doch beträgt die Zahl der Todesopfer bisher nur fünf. Sehr schwer betroffen wurde von der Epidemie die Familie des Tischermeyers Theodor Borsers. Der Vater fiel als Bliesheimer bei Verdun und jetzt ist die Mutter mit ihren beiden Töchtern im Alter von 9 und 12 Jahren an Typhus gestorben.

Jochheim, 13. März. Eine Köpenicklade verfuhrte ein Fremder hier in Szene zu setzen. Er trat als Amerikaner auf und machte für eine Abholung von 300 Mann amerikanischer Besatzungstruppen Quartier, natürlich um die Gabelnheit zu demütigen, die Leute einzuschüchtern und etwas dabei herauszubekommen. Der Zeit gelang dem „Amerikaner“ aber nicht, sondern er wurde bei Zeiten entlarvt und verhaftet. Die Mitteilung von der bevorstehenden amerikanischen Besatzung hatte sich aber doch zunächst wie ein Bauffeuer durch den Ort verbreitet und war auch an Zellungen telephoniert worden.

Emmendingen, 16. März. Ein 18jähriger Brauererbsling aus Königshausen steht in der Coronast-Pf. Als er sich dabei ertränkt sah, erschoss er sich mit einer Browningpistole.

An schwerer Grippe verschied plötzlich, meine liebe, gute Tochter, unsere unvergessliche Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine  
**Frau Elise Feitler**  
geb. Sussmann.  
Die Einäscherung fand in aller Stille statt.  
MANNHEIM, den 17. Januar 1919.  
In tiefer Trauer:  
Frau Fanny Sussmann Wwo.  
Frau Nanette Feitler geb. Sussmann  
Michael Sussmann.  
Von Beileidsbesuchen bittet man abzusehen.

Statt jeder besonderen Anzeige.  
Heute nachmittag 2/1 Uhr verschied unsere liebe, gute und treubesorgte Gattin, Mutter, Schwiegermutter, Schwester und Tante, Frau  
**Luise Hoffstaetter**  
geb. Gruber  
im Alter von 57 Jahren.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Carl Hoffstaetter.**  
MANNHEIM, Schanzstr. 8, den 16. März 1919.  
Die Einäscherung findet Mittwoch nachmittag 2 Uhr statt.  
Von Beileidsbesuchen bitten wir absehen zu wollen.

Am 14. ds. verschied unerwartet rasch nach kurzer schwerer Krankheit unsere treubesorgte unvergessliche Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester und Schwägerin  
**Frau Johanna Susmann**  
im 68. Lebensjahre.  
Mannheim (U. 6. 2), Hamburg, Frankfurt a. M., Buenos-Aires, den 17. März 1919.  
In tiefer Trauer:  
Arthur Susmann  
Lina Susmann  
Stefanie Harms geb. Susmann  
Friederike Mattes geb. Susmann  
Eugenie Susmann  
Bertha Kunz geb. Susmann  
Die Feuerbestattung hat auf Wunsch der Entschlenen in der Stille stattgefunden.  
Kondolenzbesuche dankend verboten.

Statt Karten.  
**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem mich so schwer betroffenen Verlust meiner lieben Frau  
**Eva Brendel**  
sage ich hiermit allen herzlichsten Dank.  
MANNHEIM-WOHLGEBEN, 16. März 1919.  
**Philipp Brendel.**

**Heinrich Grünhut**  
Feine Herrenschneiderei  
G 7, 22 9197  
Annahme von Stoffen Wenden von Anzügen

Achtung Bündelholz!  
Buch an Wiederwertfuser abgegeben.  
**Grohe, Holzhandlung**  
Wipfhorstr. 46. Tel. 1236.

Fachmann  
nicht Kunst in allen  
Angelegenheiten, fertigt  
Einobren, übernimmt  
für kleine Geschäftsteile  
die Buchführung, Honorar  
müßig, Kulturtrage  
unter 0 278 an Haaften  
& Begler, W.-G.,  
Mannheim. 3150

**Panamahüte**  
werden gewaschen  
**Damenhüte**  
nach neuesten Formen  
umgepreßt. T. 28  
**H. Stöckler**  
Werderstrasse 8, portoria.

Autogen-schweißerei  
**Ries & Co.**  
Lerchenstr. 13 Stuttgart  
**übernimmt**  
Reparatur v. Maschinen,  
Motoren u. Cylindern in  
allen Metallen. E. 22

„Spezialität Nelly“  
**Haarfarbe**  
Diese Dankebrief. Zum Gedächtnis  
würden leichte Anwendung.  
Karton 3 und 5 Bl. 48  
**J. A. Suderleith**  
München, Kariplatz 13  
H. Saust, Friseur,  
Mannheim, D. 2. G.

**Möhre-Augen**  
Hornhaut  
u. s. w.  
entfernt  
perzählend  
sicher  
u. gerahmt.  
246  
M. Hankh, N. 2, 133.  
Bellen auch an Haus.

**Gewissenh. Massage**  
durch Arzt, gepr. Massage u.  
Badermeister, Dargl, 246  
in ersten Kurorten Wiesbaden  
u. in Jura u. Ostprel.  
**Friedrich Frey,**  
Mannheim-Käfertal,  
Rannheimerstr. 41a. Sof-  
larie arbeiten. 41a

Th. von Eichstedt's  
**Zahnweh-**  
**Tropfen** helfen schnell  
u. sicher. Pl. M. 1.— Lei 7a  
Kurfürsten-Drögrie  
Th. v. Eichstedt, N. 4, 13/14.

**Verloren.**  
Verloren Sonntag abend 11, 7  
Uhr im Burgplatz h. Hotel  
National. W. G. m. m. m.  
nimmt gefundene **Handtasche**  
mit Silberbügel und Reize.  
Inhalt 2 Leinwandtücher. Gegen  
Belohnung abzugeben 400  
**Waldparkstr. 10, R. C.**

